

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Stadtschreiberstr. 34/35 (Ecke Spandauerstr. 5-6 Uhr)
Telefon: Amt Vorplatz 12579

Erscheint zweimal täglich, Sonntags und Montags einmal

Expedition und Inseratenannahme: Berlin C 14
Stadtschreiberstr. 34/35 (Telefon: Vorplatz 12579)

Der Verkaufspreis beträgt für Groß-Berlin 2 mal täglich bei 10 bis 12 Uhr für Postroute und nehmen sämtliche Postämter entgegen. Preis pro Stück 10 - Pfg. monatlich. Bei Abnahme von 100 Stück für Deutschland und Österreich 12.50 Pfg., als Brief 20. - Pfg. Für Ausland unter Einschluß 21.50 Pfg., als Brief 30. - Pfg. bei einmaliger Bestellung einschließlich Porto und Verpackung.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Einzelnenpreis: Es wird berechnet die gebaltene Nonpareilzeile aber deren Raum mit 4 - Pfg. Familien- und Organisationsangelegenheiten 2 - Pfg. netto. - Kleine Anzeigen: Das jetzige Blatt 80 Pfg., jedes weitere Blatt 75 Pfg., bei Familien- und Organisationsangelegenheiten das jetzige Blatt 75 Pfg., jedes weitere Blatt 45 Pfg. netto. - Reklamazeile 12 Pfg.

Die proletarische Einheitsfront gegen das kapitalistische Chaos - für das Bündnis mit Sowjetrußland

Der Bruch der deutschen Bourgeoisie mit der Entente, der angeblich Deutschland seine Handlungsfreiheit wiederzugeben haben soll, verneht nur das kapitalistische Chaos. Die militärischen Sanktionen beginnen bereits ihre Wirkungen geltend zu machen. Diese Wirkungen sind Betriebsstilllegungen, Lohnverfälschungen, Preissteigerungen, Verschärfung des Elends und Erhöhung der Aktivität der Konterrevolution. Die Handlungsfreiheit der deutschen Bourgeoisie besteht darin, daß sie ihre bisherige Politik, die Politik des kapitalistischen Abbruchs, unter dem Druck der Sanktionen in bestmöglichem Tempo fortsetzt.

Der Bourgeoisie, wenn sie nur kühnen will, macht die Entente beruhigende Zusicherungen. Die ganze Schwere der Sanktionen trifft, wie das im kapitalistischen Deutschland nicht anders sein kann, die deutsche Arbeiterklasse. Ob die deutsche Bourgeoisie früher oder später kühnen mag, ob sie dabei der Entente etwas mehr oder etwas weniger abhandeln wird, der Leittragende bleibt das Proletariat.

Die Kommunistische Partei hat schon vor Monaten eine Aktion der gesamten Massen des Proletariats gegen die Verelendung, für die Behebung der materiellen Lage der Arbeiterklasse, für die Entwaffnung der Konterrevolution, für die Erlämpfung des Bündnisses mit Sowjetrußland vorgeschlagen und eine unermüdbare Kampagne für diese Aktion geführt. Hunderttausende heutzutage, Arbeiter und Bauern, sind für die gemeinsame Aktion, wie die Kommunisten sie vorgeschlagen haben, ausgesprochen. Heute, wo die verschärfte außenpolitische Krise die Not der Arbeiterklasse vergrößert, ist die Aufnahme dieses Kampfes, der ein Kampf auf lange Hand, der die Fortführung der Revolution selbst bedeutet, dringender als je. Gegenüber

dem Unternehmertum, das die Betriebe stilllegt, die Preise steigert, die Löhne kürzt, müssen die Arbeiter die Kontrolle über die Produktion, die Kontrolle über die Verwendung und die Preise der notwendigen Güter, die Beschäftigung oder Steigerung der Löhne erkämpfen. Gegen das immer frechere Vordringen der Konterrevolution, gegen den Steinhaß der weißen Justiz, müssen sie sich durch die Entwaffnung der Konterrevolution und die Bewaffnung der Arbeiterklasse schützen. Um die der deutschen Bourgeoisie entwundene Macht zu behaupten, um die Voraussetzungen für den kommunistischen Aufbau Deutschlands zu schaffen, um die Proletarier der Ententeländer an ihre Seite zu führen, müssen sie das Bündnis mit Sowjetrußland erzwingen.

Die Scheidemänner und Hilfsbedingte haben die gemeinsame Aktion des Proletariats, die proletarische Einheitsfront abgelehnt. Sie haben sich in Hinfälligkeit für die „nationale“ Einheitsfront begeben. Zudem sie erklären, daß sie den deutschen Parteien im Dreck stecken lassen wollen, erklären sie offen ihren politischen Bankrott und ihren Verrat an den Arbeiterinteressen. Sie können nur noch eine Aktivität, den Kampf gegen die revolutionäre Vorhut des Proletariats, gegen die Kommunisten.

Heute demonstrieren auf den Ruf der Kommunistischen Partei aufs neue Hunderttausende deutscher Proletarier gegen das kapitalistische Chaos, für das Bündnis mit Sowjetrußland. Diese Demonstration kann nur ein Anfang sein. Es gilt den Kampf zu dem sich die mehrheitlich sozialistischen und unabhängigen Arbeiter nicht minder wie die kommunistischen Arbeiter bekennt, über die Köpfe der Scheidemänner und Hilfsbedingte hinweg auf der breitesten Grundlage aufzunehmen.

Der neue Getreidewirtschaftsplan

Weniger Brot - Höhere Preise
Berlin, den 10. März.

Die schon lange angekündigte Konferenz der Ernährungsminister hat am 21. Februar in München mit einem vollen Siege der Großagrarier und Getreidehändler geendet. Das städtische und ländliche Proletariat muß wieder einmal die Rechnung bezahlen.

Die Brotverforgung soll auf eine neue Grundlage gestellt werden. Der Lieferpreis der Landwirte, die extensive Bewirtschaftung des Grund und Bodens und der dadurch bewirkte Produktionsrückgang, die Unfähigkeit der kapitalistischen Regierung, gegen die Saboteure der Volksernährung energisch vorzugehen, haben einen Zusammenbruch der Brotverforgung herbeigeführt, aus dem die Bourgeoisie keinen anderen Ausweg weiß, als die Bewilligung neuer unerhörter Löhne zu geben, die die Junker auf Kosten der arbeitenden Massen.

Die Zwangsbewirtschaftung für Getreide und Kartoffeln soll aufgehoben werden. Um aber den dringenden Bedarf der Großstädte sicherzustellen, sollen durch eine Umlage die nötigen Mengen aufgebracht werden. Die Landwirte sollen 8 Zentner pro Hektar Brotgetreide zu Höchstpreisen, die bedeutend herabgesetzt werden sollen, an das Reich abliefern. Mit dem Rest ihrer Ernte können sie dann machen was ihnen beliebt. Was bedeutet das? Die Anbaufläche von Brotgetreide betrug im Jahre 1919 5 941 000 Hektar (1913 7,3 Millionen Hektar und ist inzwischen noch weiter gesunken. Bei einer Umlage von 8 Zentner pro Hektar würde, volle Ablieferung dieser Menge, durch die Landwirte vorausgesetzt, die der Regierung, zur Verfügung stehende Menge 47,2 Millionen Zentner betragen. Der Bedarf für 49 Millionen Bevölkerungsberechtigter (14 Millionen Selbstverpfleger und Bevölkerungsberechtigter, die nicht beschäftigt sind) beträgt bei Beibehaltung der jetzigen Produktion einschließlich der Zügel 112 Millionen Zentner. Es würde also selbst bei völliger Erfüllung der Ablieferungsfrist eine Fehlmenge von 64,8 Millionen Zentner übrig bleiben, für die keine Deckung vorhanden ist. Die Rationen müssen also um zwei Drittel herabgesetzt und der übrige Bedarf von dem kommen im freien Markt erworben werden. Nun ist es klar, daß die Brotpreise für marktfreies Brot wegen der unauffälligen Tendenz der Annäherung an die Weltmarktpreise, die mit dem freien Handel verbunden ist, um ein Vielfaches teurer sein werden, als die ohnehin schon unerträglichen Preise für Marktbrot. Man kann ruhig mit einem Preise von 15 bis 16 Mark für ein Brot rechnen. Die Kapitalisten, die Scheiber und Wucherer, werden die Preise bezahlen können. Die Proletarier müßten mit einem Drittel von dem, was sie jetzt haben, auskommen. Sie könnten die Preise einfach nicht bezahlen oder müßten sich, um sich vor dem Verhungern zu schützen, in ihrer sonstigen Lebenshaltung noch weiter einschränken.

Nun besteht in unserer Brotverforgung an und für sich ein bedeutendes Defizit. Wir ernten etwa 2,2 Mill. Tonnen gleich 44 Mill. Zentner weniger als wir gebrauchen. Die 44 Mill. Zentner müßten vom Auslande eingeführt werden. Die Regierung beschließt, diese Einfuhr zu zentralisieren und mit Hilfe der eingeführten Mengen, einmal auf die Preisbildung des im freien Handel ungefestigten Getreides regulierend einzutreten, dann aber auch die eingeführten Mengen zur Verteilung zu bringen, so daß die bisherigen Rationen beibehalten werden können. Der heutige Preis beträgt beim jetzigen Weltstand der Mark für ausländisches Brotgetreide 220 Mark je Zentner. Der Getreidehöchstpreis, dem der heutige Brotpreis zugrunde gelegt worden ist, beträgt 75 Mark je Zentner. Das ausländische Getreide ist ungefähr 145 Mark je Zentner teurer als das inländische. Die Einfuhr von 64,8 Mill. Zentnern Brotgetreide, die zur Auffüllung der Rationen benötigt werden (112 Mill. Zentner werden im ganzen gebraucht, 47,2 Mill. Zentner durch die Umlage bestenfalls aufgebracht), verlangt einen Zuschuß des Reiches von 9,4 Milliarden Mark. Diese Summe wird den Agrariern geradezu geschenkt.

Bei der bekannten Leidenhaft der Kapitalistenklasse für das Steuernahlen wird man versuchen, das Defizit durch indirekte Steuern auf Bedarfartikel zu decken, um so die volle Last wieder auf das Proletariat abzuwälzen. Die Gesamtsumme, die zur Einfuhr von Brotgetreide benötigt wird - sie würde unter Zugrundelegung des heutigen Wertes der Mark und bei den heutigen Weltmarktpreisen etwa 15½ Milliarden Mark betragen -, muß den Sturz der Wälder beschleunigen, die Einfuhr von wichtigen Rohstoffen und Lebensmitteln weiter verteuern. Die Industrieerzeugnisse werden teurer, die Absatzmöglichkeiten sinken weiter, die Arbeiterentlohnungen folgen - alles, damit die Jagder der Großagrarier befriedigt werden kann. Dabei wird der angebliche Zweck dieser Löhne, die Steigerung der Produktion, nicht einmal erfüllt, denn das Stöcken der industriellen Produktion muß notwendig auch auf die landwirtschaftliche Produktion zurückwirken. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei den obigen Zahlen

Die Sanktionen

London, 9. März.

Ein amtlicher Bericht besagt: Die Führer der alliierten Sanktionen treten heute nachmittag zusammen und erörtern die verschiedenen Einzelheiten der Anwendung der Sanktion. Man kam überein, daß die Sanktion erst aufhören wird, wenn eine „befriedigende Lösung“ der Reparations-, Entwaffnungs- und Kriegsverbrecherfrage durch die Alliierten angenommen worden ist. Die Konferenz beauftragte den Oberkommissar der Alliierten in den Rheinländern, einen italienischen Vertreter zur Teilnahme einzuladen, wenn wirtschaftliche Fragen, die sich aus der Anwendung der Sanktion ergeben, zur Beratung kommen.

Hierauf wurde die Erörterung über die Frage betreffend Griechenland und die Türkei wieder aufgenommen, die morgen vorgeladen sind.

Neuer erfuhr, daß das Gesetz zur Durchführung der Beschlüsse betreffend die Abgabe von 50 Prozent des Wertes eingeführter deutscher Waren jetzt im Entwurf fertig ist. Heute nachmittag beschäftigen sich die englischen, französischen und belgischen Sachverständigen damit, um ähnliche Maßnahmen für die anderen Länder zu entwerfen. Sie verlaufen, sollen die Verhandlungen der Konferenz morgen im Unterhaus erörtert werden.

Die deutschen Zölle bereits beschlagnahmt

Nachrichten aus London melden, daß die Erhebung der Zölle zugunsten der Alliierten bereits begonnen habe.

Die Besetzung

Samborn, 9. März.

Die Meldungen über die Besetzung Samborns und des Kohlenfeldes der August Kuppen-Grube sind aufrecht. Es sind 200 Mann belgischer Beobachtungskompanie und eine Eskadron belgischer Kavallerie eingetroffen. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen. Der Belagerungszustand wurde jedoch erklärt. Die Soldaten sind bisher nicht entwaffnet. Man erwartet für morgen den Einmarsch größerer Truppenmassen. Es geht das Gerücht, daß man die Wälder habe, auch Oberhausen zu besetzen. In Duisburg liegen 11 belgische Kompanien Franzosen und fünf Kompanien Belgier sowie eine Fliegerstaffel.

„Nur der erste Schritt“

(L.H.) Genf, 10. März.

Wie in der gesamten nichtsozialistischen Presse Frankreichs, so wird auch im Parlament bereits die Parole ausgegeben, daß die vorliegende Besetzung rechtsrheinischer Gebiete nur als ein erster Schritt auf dem Wege zu weiteren Gebietsbesetzungen hingenommen werden könne und daß die französischen Truppen unter keinen Umständen aus Talsiedel zurückgezogen werden dürften, selbst wenn Deutschland schließlich die Pariser Bestimmungen unterzeichnen sollte. Mit besonderem Eifer hat Poincaré in den Verhandlungen des Senats für die Forderung der Unionistischepartei Stellung gemacht. Selbst wenn Deutschland keine Unterschrift unter die Pariser Abmachungen setzen würde, so hätte sie doch nur so lange einen Wert, als Frankreich sein neues Pfand in der Hand behält. Neben dieser unsozialistischen Agitation macht sich in der Kammer eine einseitige Propaganda bemerkbar, die auf eine offene Einmischung in die oberste politische Entscheidung gerichtet ist, natürlich zugunsten Polens.

Die Revolte in Kronstadt

Der Befehl Trozkis an die Meuterei

Kronstadt, den 9. März.

„Auf Befehl der Arbeiter- und Bauernregierung haben sich die meuternden Schiffe sofort zu ihrer Disposition zu stellen. Also müssen alle, welche gegen das sozialistische Vaterland die Waffen erhoben haben, diese sofort niederlegen. Widerstandstendenzen sind zu entwerfen und den Sowjets auszuweichen. Kommunisten und andere Vertreter der Sowjetmacht müssen sofort freigesprochen werden. Es werden nur jene von Euch bestraft werden, die sich bedingungslos ergeben.“

Es ist die Pflicht der Arbeiterregierung, Maßnahmen getroffen werden, um die Revolte mit Befugemacht niederzuschlagen. Die Verantwortung für alle Schäden an der revolutionären Revolution fällt auf die weigertätigen Verschwörer. Dies ist die letzte Warnung.“

Eine Resolution des Petrograder Sowjets

Die Resolution erl. daß die Matrosen dieser französischen Agenten und menschlich und sozialrevolutionär Provokatoren geworden sind. Sowjetregierung unterscheidet zwischen Verbündeten und menschenfeindlichen Klassenfeinden und geschworenen Feinden der sozialistischen Republik, wozu sie eben die wahren Urheber sind. Auf Anlegen mehrerer Hundert Lebertöter ist die Stimmung unter den Anführern gen. erückt und zwiespältig. Die Offiziere verhalten, da es Unmögliches ist, den Meutereis voranzutreiben, sie sind nach Hinland zu revidieren und den Anführern an entscheidende Weisungen zu propagieren. Sie haben aber bei den Matrosen keinen Anhang. Militärisch besteht keine Gefahr, da Kronstadtfortifikation beherrschbar ist und der Sowjet frei ist. Der drohende Lebensmittelmangel demotiviert die Anführer, welche nurmehr über 5000 Rub (80 Tonnen) Zwieback verfügen.

(Mosa) Stockholm, 10. März.

Nachrichten aus Kronstadt besagen, daß die Stimmung dort sehr gedrückt sei. Die Bevölkerung erwartet ungeduldig das Ende des Aufstandes. Sie verlangt die Auslieferung der weigertätigen Offiziere an die Sowjetregierung. Die Matrosen bildeten eigene Komitees zur Überwachung der Matrosen der Revolutionskomitees, um seine Flucht nach Finnland zu verhindern. Die Matrosen der Garnison Peterhof, rote Soldaten und die Hochschüler Petrograds sagen in gemeinsamer Resolution den Meuterern energiegelben Kampf an. Die rote Fahne wird auf den Wällen Kronstadts gehißt werden.

Eine kalte Dusche

(Privattelegramm der „Roten Fahne“)

Die Revolver Radiostation fragte Petrograd, welche Regierung in Petrograd herrsche. Petrograd antwortete: In Petrograd herrschen Arbeiter- und Bauernsowjets; ihre Herrschaft wird dauernd sein, als die allerbürgerlichen Regierungen zusammen. Als Dank für die auch so „angenehme“ Nachricht habe die Freundschaft, den städtischen Kommunisten anlässlich ihres Wahlsieges bei den Revolver Kommunalwahlen unseren brüderlichen Gruß zu übermitteln.